

mehr Jugendliche zu einem erfolgreichen Schulabschluß zu führen und möglichst allen die Ausbildungsreife zu vermitteln. Das setze neben hoher fachlicher und *räumlicher Flexibilität* auch eine *höhere Weiterbildungsbereitschaft der Lehrer* voraus, als sie bisher gegeben sei. Schließlich müßten Mittel und Wege gefunden werden, dem Lehrer- und Hochschullehrernachwuchs „seine Chance“, d. h. einen angemessenen Arbeitsplatz, zu geben. Dazu seien alle Möglichkeiten *flexiblerer Wochen- und Lebensarbeitszeit* zu prüfen „und von uns allen, die wir im öffentlichen Dienst in Brot und gut dotierter Arbeit stehen, wird ein Solidaritätsbeitrag zu leisten sein“.

Angesichts der Tatsache, daß allein bei den Gymnasiallehrern derzeit auf 120 000 im Beruf stehende Lehrer ebenso viele Studierende mit diesem Berufsziel an den Hochschulen gegenüberstehen und der Prognose des Deutschen Philologenverbandes, daß bis zum Ende dieses Jahrzehnts mit etwa 100 000 arbeitslosen Gymnasiallehrern zu rechnen ist (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. 5. 82), während gleichzeitig die Schülerzahl weiter sinkt, ist das ein Thema, das sicher in nächster Zeit noch an Brisanz gewinnen wird.

## Flexibilität als Prinzip

Daß zumindest von großen Einsparungen am weitverbreiteten System der Bildungsverwaltung nicht ernsthaft die Rede sein konnte, verwunderte im Rahmen dieser Tagung nicht. Die gleichgültige Reaktion auf den Vorschlag eines Schulmannes, mehr Entscheidungen auf die Kommunalverwaltungen und Schulleitungen zu delegieren, um so vor Ort eine flexiblere, schnellere und letztlich meist auch billigere Entscheidungsfindung zu ermöglichen, erstaunte dagegen.

Was die Arbeitsgruppen besprachen, war im wesentlichen bereits im Referat von Karsten Brenner angeklungen: Demographie und veränderte Bildungspopulation, Personalbedarf im Bildungswesen, Probleme des Übergangs zwi-

schen Bildungs- und Beschäftigungssystem, die Herausforderung der Weiterbildung sowie Pädagogische Aspekte. Neue Gesichtspunkte erbrachten hier vor allem Überlegungen zur *Weiterbildung*, die davon ausgingen, daß die Weiterbildung im Bildungsgesamtplan zwar an vierter Stelle steht, dieser Anspruch aber nicht real erfüllt wird. Gefordert wurde ein *konjunkturtrales und flächendeckendes System* von Fortbildungsmöglichkeiten, denn Weiterbildung müsse auch antizyklisch ihre Bedeutung behalten und habe zudem eine *Balancefunktion* zwischen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem. Angeregt wurde von der Arbeitsgruppe die Einrichtung von *Stellen zur Weiterbildungsberatung auf kommunaler Ebene*, deren Aufgabe im Angebot von Maßnahmen, aber auch in der Systemberatung für andere potentielle Träger, z. B. Betriebe, liegen könne. Verstärktes Interesse solle schließlich dem Bereich der Unterschicht, den Ausländern und der Landbevölkerung gewidmet werden, die bisher als Zielgruppe noch nicht genügend angesprochen würden. Wenn man allerdings weiß, daß der Weiterbildungsetat der Volkshochschulen bereits um 30% gekürzt wurde und drastische Gebührenerhöhungen sich schon jetzt in geringeren Teilnehmerzahlen niederschlagen, dann hören sich derartige Vorschläge eher wie Sphärenmusik an.

Das Hauptanliegen der Tagung war, Möglichkeiten und Grenzen von Umschichtungen sowie künftige Gestaltungsräume im Bildungsbereich aufzuzeigen. Dabei wurde unmißverständlich klar, daß sich die Bildungspolitik in nächster Zeit bei knapperer finanzieller Ausstattung im Bestehenden wird einrichten müssen. Es gilt, die vorhandenen personellen und räumlichen Möglichkeiten zu sichern und im vorgegebenen Rahmen optimal zu nutzen. Das erfordert eine stärkere Orientierung an den vorrangigen Aufgaben, größtmögliche Flexibilität im Einsatz des verfügbaren Personals und der räumlichen Kapazitäten und effizienten Mitteleinsatz. Nicht zuletzt sind alle Möglichkeiten zu prüfen, wie trotz restriktiver Stellenpolitik auch künftig ein Minimum an Neueinstellungsmöglichkeiten gesichert werden kann. *Cordelia Rambacher*

## Kurzinformationen

**Vom 12. bis 15. Mai besuchte Johannes Paul II. Portugal.** Wichtigste Station der viertägigen Reise war *Fatima*; der Papst wollte mit diesem Besuch seinen Dank an Maria für die Errettung beim Attentat vom 13. Mai 1981 zum Ausdruck bringen. Während des Aufenthaltes in Fatima wurde von dem 1978 von Erzbischof Marcel Lefebvre zum Priester geweihten Spanier *Juan Fernandez Krohn* ein neuer Attentatsversuch auf Johannes Paul II. unternommen. Nach Fatima führte die Reise den Papst nach Lissabon, Vila Vicosa, Coimbra, Porto und Sameiro. Vor seinem Abflug hatte Johannes Paul II. erklärt, er reise als Pilger des Friedens in jenes Land, das die Muttergottes ausgewählt habe, um die ganze Welt eindringlich zum Gebet, zur Umkehr und zur Buße

aufzurufen. Er besuche Fatima, um erneut im Namen der Kirche die Botschaft der Muttergottes zu vernehmen, die heute aktueller und eindringlicher sei denn je. Vor rund einer Million Menschen stellte der Papst in Fatima in einem feierlichen Weiheakt die ganze Welt unter den Schutz Marias. Bei seiner *Begegnung mit der Portugiesischen Bischofskonferenz* wies Johannes Paul II. auf die auch in Portugal spürbaren Gefahren des Säkularismus hin. Er ermahnte die Bischöfe, den Glauben und die Frömmigkeit des Volkes in ihren authentischen Ausdrucksformen anzuerkennen und gegen die ihnen drohenden Gefahren zu verteidigen. Als vordringliche Aufgaben für die Bischöfe nannte er die Förderung der Priester- und Ordensberufe, die Sorge um die Katechese und

die Familie. Grundanliegen früherer Reisen des Papstes kamen in seinen Worten an die portugiesischen Laien, an Bauern und Arbeiter zum Ausdruck. Johannes Paul II. ermunterte die *Laien* dazu, die Kirche in allen Bereichen des menschlichen Wirkens präsent werden zu lassen. Individuelles Zeugnis des einzelnen und das Apostolat in den Organisationen sollten sich ergänzen. In einer Rede vor *Bauern* im Osten Portugals sprach sich der Papst nachdrücklich für eine tiefgreifende Landreform aus. Er bekräftigte dabei den Vorrang der Arbeit vor dem Kapital und ermahnte die Großgrundbesitzer, den eigenen Profit dem gerechten Lohn der Arbeiter unterzuordnen. Bei einer Begegnung mit *Arbeitern* unterstrich Johannes Paul II. das Recht auf Gründung von Gewerkschaften und warnte die Arbeiter davor, sich von Ideologien täuschen zu lassen, in denen kein Platz für das Geistige sei. Bei seinem letzten Gottesdienst in Portugal rief der Papst in dem Marienwallfahrtsort Sameiro vor allem zur weltweiten Verteidigung der Familienrechte auf.

Mittelpunktthema der diesjährigen Frühjahrsvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken vom 7./8. Mai war die **Arbeitslosigkeit**. Im hauseigenen Bericht über die Vollversammlung war diesem Thema zwar nur eine knappe halbe Seite von insgesamt sieben gewidmet, und die Debatte darüber nahm nur wenige Stunden in Anspruch. Dennoch waren im Vergleich zum Arbeitslosenthema die anderen Beratungspunkte, die mit einiger Mühe verabschiedeten Erklärungen zu *Polen* und zur *Falklandkrise* und selbst die Aussprache über das mehr historische als unmittelbar gegenwartsbezogene Referat des Präsidenten Professor *Hans Maier* „Zur Gestalt des deutschen Katholizismus. Soziale, politische und kulturelle Entwicklungslinien im 19. und 20. Jahrhundert“, dem bei allerdings äußerst schwach besetztem Plenum der halbe Vormittag des zweiten Beratungstages gewidmet war, im Vergleich zum Arbeitslosenthema Nebenprodukte. Allerdings wurde auch das *Arbeitslosenthema* nur in einer sehr vorläufigen Form behandelt. Dies hatte damit zu tun, daß im Rahmen der Gemeinsamen Kommission zwischen Bischofskonferenz und Zentralkomitee eine ausführliche Stellungnahme vorbereitet wird, zu der die Behandlung des Themas auf der Vollversammlung als eine Art Vorübung gedacht war. Die Aussprache konnte sich auf zwei Vorlagen stützen: auf ein Referat von Ministerialdirektor a. D. *Manfred Baden* „Arbeitslosigkeit. Ursachen, Erscheinungsformen, Ansätze zur Überwindung“ und auf „Überlegungen zu ethischen und gesellschaftlichen Aspekten der Arbeitslosigkeit“ des sozialpolitischen Referenten des ZdK, *Paul Becher*. Beide Stellungnahmen behandelten breit nicht nur die konjunkturellen, sondern auch die strukturellen und langfristigen Ursachen der Arbeitslosigkeit. Aber während wirtschafts-, sozial- und tarifpolitische Fehlentwicklungen (z. B. die überhöhten Lohn- und Lohnnebenkosten) ausführlich angesprochen wurden, kamen andere langfristig wirkende Ursachen der Arbeitslosigkeit (z. B. Einfluß technologischer Veränderungen, Sättigung der Märkte) zu kurz. Dieser Eindruck wurde durch eine Reihe sehr sachkundiger Diskussionsbeiträge zwar teilweise ausgeglichen, aber die Debatte insgesamt vermittelte nicht das Bild eines der Schärfe des Problems orientierten Bewußtseinsstandes.

Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Landesbischof Eduard Lohse, hat in einem Schreiben vom 6. Mai die 17 Gliedkirchen der EKD über die „Gesichtspunkte des Rates der EKD zu Ausländerfragen“ informiert. Erinnert wird in diesem zwölf Punkte umfassenden Papier zunächst an den „hohen Wert“ der Freizügigkeit für alle Menschen und

die Möglichkeit der freien Wahl des Arbeitsplatzes; dennoch plädiert der Rat der EKD dafür, in den Ländern der EG und „besonders auch in der Bundesrepublik“ auch künftig die *Zuwanderung* von ausländischen Arbeitnehmern aus Nicht-EG-Ländern *einzu-schränken*, „die Kontrollen der illegalen Ausländerbeschäftigung müssen verschärft werden“. Die für 1986 in Aussicht gestellte freizügigere Regelung zwischen den Ländern der EG und der Türkei sollte „im gegenseitigen Einvernehmen“ geändert werden. Erforderlich sei auch eine „kritische Auseinandersetzung“ mit extremistischen deutschen Gruppierungen und Parteien, „die durch die Ausländerfeindlichkeit neuen Auftrieb zu bekommen versuchen“. Nötig sei es auch, die *extremistischen Betätigungen* von Ausländern zu unterbinden. Wenn ein Aufenthalt „für mehr als einige Jahre“ gestattet werde, sollten Zuwanderer das Recht haben, ihren Ehepartner und minderjährige Kinder mitzubringen oder nachkommen zu lassen. Sofern der Staat es für „unerlässlich“ halte, den Nachzug von minderjährigen Kindern einzuschränken, seien angemessene Übergangszeiten erforderlich. Befürwortet werden vom Rat der EKD Maßnahmen zur *Schaffung von Arbeitsplätzen in den Herkunftsländern*. Der Gesetzgeber schließlich habe darauf zu achten, daß die Furcht von Asylanten vor einer ungewissen Zukunft im Hinblick auf ihren Rechtsstatus dadurch gemindert werden könne, daß nicht zusätzlich Unsicherheit durch häufiges Ändern der maßgeblichen Gesetze und Verordnungen entstehe. „Große Hoffnungen“ setze der Rat in eine weitere *Beschleunigung des Asylverfahrens*, notwendig erscheine auch eine „gesetzliche Gleichstellung“ der minderjährigen Kinder und der Ehegatten von anerkannten Flüchtlingen, sowie deren Familienzusammenführung. Die „Gliedkirchen, Kirchengemeinden und jeden einzelnen Christen“ bittet der Rat, „mit ihren Möglichkeiten“ das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern zu fördern.

Am 23. April veranstaltete die **Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)**, in der die evangelische Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst und der katholische Arbeitskreis Entwicklung und Frieden zusammenarbeiten, eine **Fachtagung in Bonn über Welternährung**. Über hundert Journalisten, Politiker, Wissenschaftler und Entwicklungsexperten nahmen an der Veranstaltung teil. Die Tagungsleitung (Dipl.-Volksw. *Hildegard Rapin/KAEF*) hatte – in Abstimmung zwischen den Veranstaltern – mit der Auswahl der Referenten für eine spannungsgeladene und kontrovers Erörterung gesorgt: auf der einen Seite liberale Wirtschaftswissenschaftler (u. a. *Stefan Tangermann/Göttingen*), die vor allem in der internationalen Arbeitsteilung und in marktwirtschaftlichen Konzepten die einzig erfolgversprechenden Lösungen sehen; auf der anderen Seite Vertreter kirchlicher Werke, die gerade in dieser Einwirkung von außen den tieferen Grund für den Hunger in der Welt sehen (*Rüdiger Stegemann* und *Hermann Pössinger*). Im „Zwischenbereich“ bewegte sich der Vertreter des Deutschen Bauernverbandes (*Max Zurek*). Da dem Mangel an Nahrungsmitteln in vielen Entwicklungsländern ein Überfluß an Agrarprodukten in westlichen Industriestaaten gegenübersteht, konnte diese Frage in der Diskussion nicht ausgeklammert werden. Ein sehr differenziertes Bild ihres Einsatzes zeichnete *Hans W. von Uff* (München); er wurde für den Sonderfall der Katastrophenhilfe von *Günter Hölter* (Freiburg) ergänzt. Die Tagung erbrachte in der Faktenbeurteilung eine weitgehende Übereinstimmung. Große Unterschiede gab es jedoch bei der Beurteilung der Faktoren, die den Hunger in der Welt verursachen. Für alle Beteiligten schien das Problem, eine wachsende Bevölkerung ausreichend zu ernähren, lösbar zu sein; dieses wurde in erster Linie darin gesehen, daß die eigene Landwirt-

schaft der Entwicklungsländer nachhaltig gefördert wird. Für jeden, der in der Diskussion das Wort nahm, handelte es sich dabei nicht in erster Linie um ein technisches, sondern um ein wirtschaftlich-politisches Problem. Gerade diese letzte Feststellung führte jedoch zu der großen Kontroverse, wie das Problem der Ernährung in einer Welt des Mangels zu lösen ist. Sie könne eigentlich nur überbrückt werden, so Prof. *Theodor Dams* (Freiburg) in einem Schlußwort, wenn die Frage der Leistungsfähigkeit der nationalen und internationalen Wirtschafts-/Gesellschaftsordnung sowie ihre Funktionsfähigkeit im Grundkonsens geklärt sei. Hier könnte das „Dialog-Programm“ der Kirchen (GKKE) in weiterführenden Gesprächen ansetzen.

**Vom 10. bis 14. Mai fand in Moskau eine Weltfriedenskonferenz statt, an der etwa 500 Vertreter aller Weltreligionen aus nahezu 100 Ländern teilnahmen.** Veranstalter der „Weltkonferenz religiöser Vertreter für die Rettung der heiligen Gabe des Lebens vor einer nuklearen Katastrophe“ – so der offizielle Titel – war das Moskauer Patriarchat. Eine erste Konferenz dieser Art hatte 1977 in der sowjetischen Hauptstadt stattgefunden (HK, August 1977, 429). Aus der Bundesrepublik reiste eine vierköpfige Beobachterdelegation der EKD nach Moskau; der bayerische Landesbischof *Johannes Hanselmann* nahm als Delegierter des Lutherischen Weltbundes an der Konferenz teil. Ranghöchster katholischer Teilnehmer war der ungarische Primas, Kardinal *László Lé-kai*. Der Vatikan war wie schon bei der Konferenz von 1977 durch zwei Beobachter vertreten. Es waren *Jean Larnaud*, Kon-

sultor des Päpstlichen Laienrates, und Pater *John Long* vom Einheitssekretariat, der einen *Brief Johannes Pauls II.* an Patriarch Pimen verlas. Darin hieß es, nur der lebendige Glaube an den Menschen und die frohe Kunde dessen, durch allein wir uns retten sollen, könnten den Menschen und Völkern helfen, ihr persönliches und gesellschaftliches Leben zu begreifen und in aller Welt echte Brüderlichkeit als Garanten des Friedens zu bekunden. Während der Konferenz brachten die Vertreter der verschiedenen Kirchen und Religionsgemeinschaften jeweils ihre Besorgnis über die Bedrohung des Weltfriedens zum Ausdruck; Delegierte aus westlichen Ländern wandten sich mehrfach gegen die Tendenz, die Schuld an Wettrüsten und Friedensgefährdung einseitig den Vereinigten Staaten zu laden und damit die Konferenz zum Forum sowjetischer Propaganda zu machen. Bei der Diskussion über die Entwürfe zu den *Abschlußdokumenten* gelang es, einseitige Anklagen gegen den Westen durch ausgewogenere Formulierungen zu ersetzen. Die Teilnehmer verabschiedeten ein Kommuniqué sowie drei Appelle, die sich an die Vereinten Nationen, an die Regierungen und an die Religionen der Welt richten. In den Schlußdokumenten finden sich die Forderungen nach einem Einfrieren der Atomwaffenarsenale, nach der Schaffung kernwaffenfreier Zonen und nach einer allgemeinen Abrüstung. Lobend hervorgehoben wird sowohl der sowjetische Moratoriumsvorschlag für Mittelstreckenwaffen in Europa wie die Bereitschaft der Vereinigten Staaten, Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Abbau strategischer Nuklearwaffen aufzunehmen. Scharf verurteilt wurde „das Schüren lokaler Konflikte“ und die Ausweitung des internationalen Waffenmarktes.

## Bücher

GISBERT GRESHAKE. *Priestersein*. Zur Theologie und Spiritualität des priesterlichen Amtes. Verlag Herder, Freiburg – Basel – Wien 1982. 208 S. 26,- DM.

Mit diesem Buch packt Gisbert Greshake den Stier bei den Hörnern: Ohne sich in Einzelfragen zur Geschichte des kirchlichen Amtes oder zu den gegenwärtigen Strukturproblemen im Verhältnis von Amt und Gemeinde zu verzetteln, versucht er eine Gesamtdeutung des Priesteramtes und seiner Spiritualität. Der in der Einleitung kurz umrissenen Identitätskrise des Priesters will er mit zwei Grundthesen begegnen, die in den beiden Teilen des Buches durchgeführt werden. Zum einen plädiert er für eine Amtstheologie, die den Amtsträger primär als Christusrepräsentanten sieht, um damit das gegenüber dem allgemeinen Priesteramt der Gläubigen und den verschiedenen Diensten in der Gemeinde Spezifische des kirchlichen Amtes herausstellen. Erst im zweiten Schritt wird auch vom Amt als Repräsentation der Kirche gehandelt. Greshake verbindet den christologischen und pneumatologischen Aspekt schließlich in einer trinitarischen Amtstheologie; das Amt steht im Schnittpunkt der *auctoritas Christi* und der durch den Heiligen Geist gestifteten kirchlichen *communio*. Die zweite Grundthese des Buches: Weil der Priester Christus repräsentiert (Greshake stellt hinreichend klar, daß es dabei um eine sakramentale Repräsentation geht, die falsche Identifikationen ausschließt und den Primat Christi auch gegenüber dem kirchlichen Amt gerade wahren will), muß der Amtsträ-

ger in seiner Spiritualität auch „an Jesus Christus Orientierung und Maß“ nehmen. Zu dieser anspruchsvollen Spiritualität (der Priester als der „Mann Gottes“ für die Menschen) gehört für Greshake die Nachfolge, die sich besonders in den Evangelischen Räten konkretisiert. In diesem Zusammenhang wirbt Greshake für den priesterlichen Zölibat als mit dem Amt eng zusammenhängendes Zeichen dafür, daß sich der Priester „in der Mitte seiner Existenz von der Aufgabe amtlicher Christus-„Repräsentanz“ in Beschlag nehmen“ läßt. Dennoch könnte er sich diese Einheit von Amt und Existenz auch bei einem „*vir probatus*“ als verwirklicht vorstellen. Nicht nur daran zeigt sich, daß Greshakes Buch keinesfalls eine Verteidigungsschrift für das traditionelle Priesterbild, für Klerikalismus oder auch für die bestehende Praxis des kirchlichen Amtes sein will. Dazu finden sich zu viele kritische Bemerkungen, gerade etwa im Blick auf die weithin fehlende Einbindung des Zölibats in einem glaubwürdigen Lebensstil. Greshakes Buch ist ein nicht nur offensiver, sondern auch überzeugender Versuch, eine Theologie und Spiritualität des Amtes zu entwickeln, die nicht nur einfach Rechtfertigung des Bestehenden ist, gleichzeitig aber die Kontinuität zur Tradition wahrt. Im Blick auf die trotz einer solchen soliden Aufmunterung noch nicht ausgestandene Amtsdiskussion hinterläßt Greshakes Buch vor allem zwei Fragen. Die mehr theologisch-systematische: Müßten nicht bei der Integration dieser Amtstheologie in eine Ekklesiologie des Volkes Gottes (Greshake spricht selber deutlich genug von der Notwendigkeit einer solchen Verankerung)